

Liberal-demokratische Partei Basel-Stadt • Vereinigung der Liberalen und des Gewerbes •
Liberal-demokratische Partei Riehen/Bettingen • Jungliberale Basel

Ein kurzer Rückblick des Präsidenten Sorge um Basel im Vordergrund

Das Thema Kantons- und Stadtentwicklung – und damit verbunden eine gewisse Sorge um unseren Kanton – stand in den letzten zwölf Monaten im Vordergrund der Parteiarbeit. An zwei Medienanlässen und mittels diverser Vorstösse haben wir diese Sorge und unsere Lösungsvorschläge ausgedrückt. Wahlen gab es nur diejenigen in Riehen, die besser hätten ablaufen können. Das Gesellige wurde an diversen Anlässen gepflegt.

Im Februar des Berichtsjahres fand die gut beachtete LDP-Medienkonferenz «Kantons- und Stadtentwicklung: Handlungsbedarf und Forderungen» statt. Verschiedene Exponenten der Partei erläuterten der neuen «Abteilung Kessler» im Präsidialdepartement die für Basel-Stadt zentralen Handlungsfelder und forderten Massnahmenpläne mit dem Fokus, Basel wieder zu einem attraktiven Standort und Wohnkanton zu machen. Vorgängig wurde ein Papier erarbeitet, welches diese Handlungsfelder auflistete und entsprechende Forderungen dazu aufstellte. Die Reaktion der Medien und der angesprochenen Personen (Regierungspräsident Morin, Th. Kessler) war ausgesprochen positiv. Im Herbst wurde eine LDP-Delegation vom Präsidialdepartement eingeladen, die Zwischenergebnisse entgegen zu nehmen und zu diskutieren.

Im Juni veranstaltete die LDP eine Medienorientierung mit dem Titel «Die Schweiz formiert sich neu – Basel-Stadt muss handeln!» Motivation waren die in der Zwischenzeit bekannt gewordenen Initiativen diverser anderer Kantone, in Sachbereichen enger zusammen zu arbeiten, und die Tatsache, dass Basel-Stadt bei diesen Initiativen nie angefragt wurde. An der Medienorientierung wurden je zwei Anzüge und Interpellationen vorgestellt, mit denen die LDP-Fraktion im Grossen Rat darauf hinarbeiten will, die Zusammenarbeit von Basel-Stadt mit anderen Kantonen – vor allem in der Nordwestschweiz – zu verbessern. Prominent vertreten war die LDP im überparteilichen Neinkomitee für die Abstimmung über den Wasgenring-Umbau vom Herbst 2009. Als Mitglieder fungierten Grossrat Andreas Burckhardt sowie

die Parteisekretäre Michael Michaelis und André Auderset. Letzterer war massgeblich an der Konzeption der Kampagne beteiligt. Leider ging die Abstimmung nicht im Sinne unserer Partei aus. Dasselbe muss ich auch über die Wahlen für den Einwohnerrat in Riehen sagen, während wir im Gemeinderat unseren Besitzstand wahren konnten. Mehr dazu finden Sie weiter hinten in diesem «LIBERAL». Ein weiteres Thema, das auch in diesen Tagen und Wochen noch bewegt, ist das Rauchverbot in der Gastronomie. Eine Mitgliederversammlung beauftragte den LDP-Vorstand, alle ihm sinnvoll erscheinenden Massnahmen zu ergreifen, um die zu befürchtenden Folgen für das Gastgewerbe zu bekämpfen oder wenigstens zu mildern. Unser politischer Sekretär erarbeitete ein Modell, welches es mittels

Merci Glood!

10 Jahre lang sass Claude F. Beranek - oder Glood, wie er sich in Briefen und Mails gerne schrieb - für die Liberalen im Grossen Rat und ist Ende Januar 2010 zurückgetreten. Dieser Schritt ist ihm nicht leicht gefallen, jedoch hat ihn die berufliche Belastung dazu gezwungen. Claude Beranek hat sich ausgezeichnet durch klare, präzise Formulierungen; lange Diskurse lagen ihm nicht. Der Einsatz in der Petitionskommission des Grossen Rates war zeitaufwändig und verlangte mitunter viel Geduld. Darüber hinaus war und ist Claude Beranek ein Werbeträger der Liberalen im Kleinbasel; es gab wohl keine „Vogel-Griff“ Ausgabe, in der Claude Beranek nicht in irgendeiner Funktion zitiert oder mit Bild gezeigt wurde. Beliebt, unkompliziert, zuverlässig; so haben wir Claude Beranek in der Fraktion und im Grossen Rat erlebt und mit ihm stets in bestem Einvernehmen und freundschaftlich zusammengearbeitet. Die Fraktion und die Partei danken Claude Beranek für seinen Einsatz und sind überzeugt, dass sich die Wege parteipolitisch oder gesellschaftlich auch in Zukunft kreuzen werden.

Christine Wirz-von Planta

Gründung eines Raucherclubs (nicht zu verwechseln mit «Fümoar») speziell kleineren Betrieben erlaubt, die nega-



Verschiedene Vorstösse, um die Zusammenarbeit Basels mit anderen Kantonen zu verbessern, präsentierte die LDP an einer Medienkonferenz im Juni letzten Jahres. Fotos: Philip Karger

Inhalt

Rückblick des Präsidenten	1
Fraktionsbericht in Stichworten	2
Süsse LDP-Überraschungen	3
Parkraumbewirtschaftung: Die Anwohner sind die Dummen	4
Mobilfunk-Initiative: Kontraproduktives Begehren	4
Mittelstand muss entlastet werden!	5
Integration: Weltoffen - aber mit klaren Regeln!	5
Jungliberale Basel: Ein bewegtes und intensives Jahr	6
Wahlen in Riehen: Blick zurück - nicht nur im Zorn	7
Neue LDP-Richterin	7

Rubriken

Dr Schaggi Barteschlag maint	8
Neue Mitglieder und Veranstaltungen	8

tiven Folgen des Rauchverbots abzuwenden. Das Modell fand im Gewerbe und in den Medien grossen Anklang und brachte unserer Partei eine nicht geringe Publizität, da der Initiator immer als «LDP-Vertreter» vorgestellt wurde.

Auch sonst suchte die LDP bei jeder Möglichkeit den Kontakt zum Gewerbe und 2009 speziell denjenigen zum Wirtverband Basel-Stadt. An einer gemeinsamen Sitzung von Verbandsvertretern und LDP-Vorstand konnten die

Wirte ihre Bedürfnisse und Wünsche an unsere Partei und ihre Vertretung in den politischen Gremien äussern. Solche Treffen sollen auch mit anderen Gewerbebranchen Fortsetzung finden.

Ein solcher Rückblick kann naturgemäss nur einige Schwerpunkte beleuchten. 2009 und die ersten Monate des laufenden Jahres waren spannend und wesentlich vielseitiger, als es diese wenigen Zeilen abbilden können. Für die politischen Aktivitäten im

Grossen Rat verweise ich auf die Ausführungen der Fraktionspräsidentin.

Zum Schluss, ein wichtiges Anliegen: 2010 ist kein Wahljahr. Umso bedeutender ist es, dass die LDP als aktive Partei wahrgenommen wird, die sich für die Belange unseres Kantons einsetzt. Ausserdem bietet ein «Nicht-Wahljahr» den zeitlichen und inhaltlichen Spielraum, die Partei nach innen zu festigen. Diesen Spielraum wollen wir nutzen.

Christoph Bürgenmeier



Die LDP will verstärkt das Gespräch mit den einzelnen Gewerbebranchen suchen. Den Anfang machte ein Treffen mit Vertretern des Basler Wirtverbandes.

Rückblick der Fraktionspräsidentin: Einfach in Stichworten

Stichwort: Stimmung

Zu einem kleineren Erdbeben führten die Wahlen in die Kommissionen des Grossen Rates, die nach dem üblichen Verteilerschlüssel auf der Basis des Restzahlverfahrens durchgeführt wurden. Gemessen am prozentualen Wähleranteil bei den Grossratswahlen fühlte sich die Ratslinke benachteiligt und legte Beschwerde gegen die Wahlen ein, der in zweiter Instanz nicht stattgegeben wurde. Aufgrund dieses Debakels wurde eine Spezialkommission eingesetzt zur Optimierung der Verfahren. Der Erfolg der Bürgerlichen bei der Verteilung der Kommissionssitze führte zu einer leicht gehässigen Stimmung, von welcher die Ratsdebatten geprägt wurden.

Stichwort: Mehrheiten

Die Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat sind schwer auszuloten. Die Grünliberale

Fraktion stimmt in Finanz- und Wirtschaftsfragen mit den Bürgerlichen, in Umwelt- und Sozialfragen mit der SP und dem Grünen Bündnis. Im Gegensatz zur SP und dem Grünen Bündnis kennen die Bürgerlichen keinen Fraktionszwang bei Abstimmungen. Die Mittelparteien spielen bei diesen knappen Mehrheitsverhältnissen das Zünglein an der Waage. Vermehrt haben wir deshalb den Diskussionsaustausch im Vorfeld der Ratsdebatten bei gewichtigen Geschäften gesucht und Kompromissvorschläge ausgearbeitet.

Stichwort: Politik

Im Berichtsjahr 2009 hat uns in der Hauptsache die Sanierung der Basler Pensionskasse des Basler Staatspersonals beschäftigt. Die Liberalen konnten nach eingehender Diskussion dem vom Regierungsrat vorgeschlagenen Sanierungskonzept folgen.

Wichtig war uns, dass die Sanierungsmassnahmen sofort eingeleitet werden und dass sich die Angestellten mit einem definierten Sanierungsbeitrag an Stelle eines Teuerungsausgleichsverzichtes beteiligen. Weiter fordern wir die paritätische Schaffung einer Reserve und einen Mechanismus, der bei steigenden Reserven die Sanierungsbelastungen von Arbeitgeber und Arbeitnehmern verringert.

Lehrstelleninitiative: Die Kantonale Initiative für ein ausreichendes Berufsbildungsangebot soll sicherstellen, dass jeder Schulabgänger eine Ausbildung erhält, dies auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Die Liberalen und an vorderster Front Grossrat Andreas Burckhardt wehrten sich gegen alle vorgeschlagenen Massnahmen, die das Gewerbe zusätzlich belasten. Die Motion von Grossrat Andreas Burckhardt zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit unseres Kantons im Steuerwettbewerb wurde dem Regierungsrat überwiesen.

Vorstösse der Liberalen, die die Aufnahme von Verhandlungen mit potenziellen Partnerkantonen zur Bildung eines mehrkantonalen Raumes der NWCH als Gegenpol zu den bereits gebildeten und geplanten Regionen Zürich und Bern-Romandie zum Inhalt haben, wurden ebenfalls überwiesen.

Stichwort: Sondersitzung

Am 13. Juni 2009 führte der Grosse Rat eine ausserordentliche Sitzung zur Finanz- und Wirtschaftspolitik des Kantons BS durch, die auch von

Liberalen gefordert wurde. Wir wollten von Wirtschaftsvertretern und Regierungsgliedern über die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes und über den Stand der finanziellen Situation unseres Kantons Aufschluss erhalten. An der anschliessenden Diskussion über die Politik der Basler Pensionskasse beteiligte sich Grossrat Andreas Albrecht prominent und profiliert.

Stichwort: Personelles

Grossrat Heiner Vischer hat als Co-Präsident der überparteilichen Kulturgruppe des Grossen Rates viele interessante Anlässe durchgeführt. Grossrätin Christine Wirz-v. Planta hatte den Vorsitz der IPK Bildungsraum Nordwestschweiz inne und Grossrätin Patricia von Falkenstein wurde in die IPK Fachhochschule Nordwestschweiz gewählt. Grossrat Andreas Albrecht wurde als Präsident des Bankrates der Basler Kantonalbank gewählt. Die Leistungen aller Mitglieder der Liberalen Fraktion in den Kommissionen dürfen als ausserordentlich und stets kompetent eingestuft werden, was auch jeweils in den Fraktionsvoten deutlich wurde: Der Respekt des Rates ist uns sicher.

Danken möchte ich als Fraktionspräsidentin allen Fraktionsmitgliedern für die konstruktive Mitarbeit, für die fundierte Dossierkenntnis und für die Bereitschaft, unsere Anliegen im Grossen Rat zu vertreten, was oft mit grossem, kaum zumutbaren zeitlichen Aufwand verbunden ist.

Christine Wirz-von Planta



Auch das Gesellige kam bei der LDP nicht zu kurz. Gut besucht waren die Anlässe in der Synagoge und (Bild) im Zolli.

Süsse LDP-Überraschungen

«Oh, sogar e Goldigs!» und «das isch aber nütt und aifach eso?» Das waren die häufigsten Reaktionen auf die neuste Sympathie-Aktion der LDP. «Bewaffnet» mit knapp tausend kleinen «Goldschoggihaase», jeder einzelne mit einem LDP-Kleber versehen, machten sich am 27. März die vier Vorstandsmitglieder Philip Karger, Stefanie Thomann, Heiner Vischer und Christine Wirz vom Parteisekretariat aus in die Stadt auf, um die Hasen an die Frau und an den Mann zu bringen. Nach knapp einer Stunde verteilen war die Aktion mangels «Schoggihaase» vorbei. Gleichzeitig verteilte LDP-Präsident Christoph Bürgenmeier am Stand in Riehen ca. 250 der süssen «Viecher». Auch hier ging es schnell bis keine Hasen mehr da waren .
 Diese Sympathieaktion hat der Bevölkerung sehr gefallen. Viele Kommentare waren sehr positiv und man war überrascht, dass sich eine politische Partei auch in einem Nicht-Wahljahr auf der Strasse zeigt.
 Es kam natürlich auch zu Diskussionen mit den «Beschenkten». Die allgemeine Lage in Basel war Hauptthema. Auch Kurioses gab es zu berichten. Eine deutsche Staatsbürgerin bemerkte: «Sagen Sie doch mal Ihrem Finanzchef, er soll unserem Finanzchef sagen, er soll sich nicht so blöd benehmen. Sie könnten ja mal den Rhein abdrehen und so Druck auf Deutschland machen!»



Parkraumbewirtschaftung

Die Anwohner sind die Dummen!

Am 13. Juni 2010 entscheidet der baselstädtische Souverän darüber, ob in Basel eine neue Parkraumbewirtschaftung eingeführt werden soll, die Anwohnende und Besucher in ihren heute bestehenden Freiheiten einschränkt und das Gewerbe und die KMU in der Erfüllung ihrer Aufgaben benachteiligt.



von Philip Karger, Vorstand LDP

Am 29.4. äusserte sich der Schreibende an einer Medienkonferenz des Gewerbeverbands zur Parkraumbewirtschaftung als Anwohner folgendermassen: «Damit das Neubad familienfreundlich bleibt und die Verkehrssituation nicht eskaliert, fordere ich: erst gute Park-and-Ride-Möglichkeiten schaffen – und dann eine anwohnerfreundliche

Parkraumbewirtschaftung. Es kann nicht angehen, dass die Anwohner der Quartiere von Fremdparkierern aus ihren blauen Zonen verdrängt werden, nur weil es keine weissen Parkplätze mehr geben wird.» Die weiteren Argumente gegen diese unglückliche Parkraumbewirtschaftung verdeutlichte an der Medienorientierung Peter Malama, Direktor des Gewerbeverbandes Basel-Stadt. Er betonte speziell, dass Parkraum ein rares Gut ist und es daher richtig sei, diesen zu bewirtschaften. Es brauche jedoch eine Lösung, welche sowohl den Bedürfnissen des Standortes Basel als Zentrum einer trinationalen Region und der Wirtschaft sowie der

Anliegen der Anwohnenden Rechnung trägt. Das Parkraumbewirtschaftungskonzept sei mit den betroffenen Nachbarn nicht koordiniert worden und schaffe deshalb neue Probleme für die gesamte Region. Mit der Parkraumbewirtschaftung soll nebst neuen kostenpflichtigen Besucherparkkarten eine Stadtparkkarte eingeführt werden, welche 2000 Franken pro Jahr kostet. Für die Umsetzung dieser Parkraumbewirtschaftung müssten 35 neue Staatsstellen geschaffen werden. Eine derartige Bewirtschaftung mit erhöhten Tarifen ohne zusätzliches Parkangebot schwächt laut Malama das offene, kulturelle und touri-

stische Zentrum Basels. Die Bewirtschaftung reduziere die Zahl der heutigen weissen und unmarkierten Parkplätze von 12 000 auf 0. Der Pendlerverkehr werde damit jedoch um kein einziges Auto reduziert. Pendler suchten dann blaue Parkplätze. Arbeitnehmende, die auf das private Verkehrsmittel angewiesen sind, hätten als Alternative einzig, sich eine Stadtparkkarte für 2000 Franken kaufen, damit sie ihren Arbeitsort erreichen und in dessen Umgebung auf einer blauen Parkfläche unbegrenzt parkieren dürfen. Wobei ihnen auch mit dieser Karte kein Parkplatz garantiert ist. Dies alles – so der Gewerbebedirektor – sei unsinnig, unnötig und unkoordiniert. Mit einem Nein zur Parkraumbewirtschaftung am 13. Juni 2010 werde dagegen der Weg frei für eine ausgereifere und mit den Nachbarn koordinierte Parkraumbewirtschaftung. Mehr unter:

www.basel-machs-besser.ch

Initiative gegen den Mobilfunkantennen-Wildwuchs

Kontraproduktives Begehren

Am 13. Juni 2010 bestimmt der Baselstädtische Souverän auch darüber, ob die «Initiative gegen den Mobilfunkantennen-Wildwuchs» angenommen werden soll. Da sich diese Initiative selber widerspricht und eine bedeutende Einschränkung der Mobilfunktelefonie in Basel bedeuten würde, ist sie klar abzulehnen.



von Grossrat Heiner Vischer

Die Initiative fordert, «es seien gesetzliche Grundlagen zu schaffen, die den Schutz der Bevölkerung beim Bau, bei der Erneuerung und beim Betrieb von Mobilfunkanlagen zum Inhalt haben» sowie «die optimale Koordination der Mobilfunkstandorte durchzusetzen um den Antennenwildwuchs einzudämmen, Mobilfunkanlagen in Wohngebieten und überall dort, wo sich Menschen aufhalten auf das absolut Notwendige zu beschränken». Der Regierungsrat hat dem Grossen Rat dazu einen Gegenvorschlag unterbreitet, der berechnete Anliegen der Initiative aufnimmt, diese

aber auf eine gangbare Art und Weise umsetzen möchte. Zuerst wurde das Geschäft in der Umwelt- Energie- und Verkehrskommission (UVEK) eingehend beraten, der Gegenvorschlag der Regierung von einer Mehrheit der Kommissionsmitglieder (gegen den Willen des Kommissionspräsidenten) befürwortet und der Schreibende zum Sprecher der Mehrheit im Parlament bestimmt. Eine Minderheit der UVEK, bestehend aus Vertretern der GP, EVP/DSP und SP lehnte hingegen nicht nur den Gegenvorschlag der Regierung ab, sondern wollte mit einem eigenen Vorschlag die Sendeleistung der Mobilfunkantennen auf 1/10 des heutigen Wertes reduzieren. Der Grosse Rat beschloss im Dezember 2009 mit grossem Mehr, den Stimmberechtigten die Initiative zur Ablehnung und den Gegenvorschlag des Regierungsrates zur Annahme zu empfehlen. Der grosse Kon-

sens der Ablehnung ist weitgehend in der Widersprüchlichkeit der Initiative und den zu erwartenden Konsequenzen bei einer allfälligen Annahme begründet. In der Schweiz gelten strenge Grenzwerte für die Strahlkraft der Antennen, und zudem jede Antenne muss auch unter dem Aspekt des Stadtbildschutzes genehmigt werden. Im weiteren liegt es auch im wirtschaftlichen Interesse der Mobilfunkbetreiber, mit möglichst wenigen Antennen die gesetzlich vorgeschriebene Mobilfunk-Versorgung zu gewährleisten. Von einem Mobilfunkantennen-Wildwuchs kann also keine Rede sein! Eine wie in der Initiative geforderte Konzentration auf wenige Standorte würde überdies zu einer stärkeren Strahlung der einzelnen Antennen und zu einer entsprechend höheren Strahlenbelastung der Bevölkerung führen – also ein klarer Widerspruch! Hinzu kommt, dass weitere Forderungen der

Initiative bereits erfüllt sind. Der Gegenvorschlag sieht hingegen eine gleichmässige Verteilung von Mobilfunkanlagen mit schwächer strahlenden Antennen vor und ermöglicht so eine bessere Versorgung bei geringerer Strahlenbelastung. Dies ist auch deshalb wichtig, weil die Handys bei einer schlechten Versorgung eine höhere Strahlung generieren. Im weiteren soll im Umweltschutzgesetz der Auftrag an den Kanton, auf eine stärkere Koordination von Mobilfunkstandorten hinzuwirken, festgeschrieben werden. Aus Sicht der Nutzerinnen und Nutzer des Mobilfunks ist von zentraler Wichtigkeit, dass mit einer Annahme der Initiative nicht nur die Möglichkeiten des Mobilfunkempfangs massiv eingeschränkt, sondern dass auch die Anzahl der vermittelbaren Gesprächs- und Datenverbindungen drastisch verkleinert würden. Ebenso würden die nötigen Datenmengen, die in einer modernen Mobilfunkkommunikation anfallen, nicht mehr im nötigen Umfang transportiert werden können. Dies hätte auch ernsthafte Konsequenzen für das Gewerbe und würde den Standort Basel-Stadt generell gefährden. www.mobilfunkbasel.ch

Steuer- und Finanzpolitik

Mittelstand muss entlastet werden!

Zu einem guten Teil dank des Engagements der Liberalen sind die Basler Finanzen ziemlich im Lot und Steuersenkungen wurden möglich. Diese haben einseitig stark die unteren Einkommen entlastet. Bei den mittleren Einkommen, aber auch bei der Unternehmensbesteuerung, besteht nun Handlungsbedarf. Die LDP setzt hier einen klaren Schwerpunkt.

Die Liberalen engagieren sich seit jeher für ausgeglichene Staatsfinanzen. Als anfangs der 90er-Jahre Jahresdefizite für den Kanton Basel-Stadt in Höhe von CHF 600 Mio. drohten, hat der liberale Finanzdirektor Ueli Vischer zusammen mit dem Regierungskollegium das Steuer umgelegt. Seiner umsichtigen Finanzpolitik, speziell mit dem Paket «Überprüfung von Aufgaben und Leistungen», ist es zu verdanken, dass in den letzten fünf Jahren ausgezeichnete Abschlüsse resultierten. Die Ausgaben wurden so um 200 Mio. CHF gesenkt. Nur dadurch wurde es möglich, dass Rekordüberschüsse in den nachfolgenden Jahren erzielt werden konnten. In der Amtszeit und auf Antrag von Ueli Vischer sind die Einkommensteuern linear um 5 % gesenkt worden. Die Konkurrenzfähigkeit des Standortes

wurde damit im Rahmen der damaligen Möglichkeiten verbessert. Gegen den Widerstand der Linken wurde von den Bürgerlichen die Schuldenbremse in die Verfassung aufgenommen. Die Tatsache, dass die Regierung zu jenem Zeitpunkt bürgerlich dominiert war, hinderten die Liberalen und die übrigen Bürgerlichen nicht daran, diesen Kontrollmechanismus einzubauen. Die Liberalen befürworteten auch die Verschärfung der Schuldenbremse, die 2010 vom Grossen Rat dank ausgezeichneter bürgerlicher Zusammenarbeit vorgenommen wurde. Die Liberalen haben bei den von der Regierung und dem Grossen Rat beschlossenen Steuersenkungen zwar zugestimmt, gleichzeitig aber darauf hingewiesen, dass sie nicht einverstanden sind mit den enormen Steuererleichterungen, die auf untere Einkommen gewährt worden sind. Es ist aus liberalem Staatsverständnis falsch, das Existenzminimum von der Steuerpflicht zu befreien. Dabei geht es nicht um entgehende Einnahmen, sondern um das Prinzip, mit der eigenen Steuerleistung einen Beitrag an das Gemeinwesen zu leisten. Der Mittelstand wurde bei diesen Steuersenkungen übergangen; wenn die Linke von Steuersenkungen von durchschnittlich 10% spricht, ist dies beschönigend. Untere Einkommen wurden überproportional entlastet, der Mittelstand und die oberen Einkommen nicht so stark. Für die nähere und fernere Zukunft besteht Handlungsbedarf bei den Unternehmenssteuern, bei den Einkommensteuern für den Mittelstand und sehr hohe Einkommen sowie bei der Vermögensteuer.

Die Liberalen werden sich stark engagieren, damit Basel keine Abwanderung von Unternehmen hinnehmen muss, weil wir bei der Unternehmensbesteuerung nicht konkurrenzfähig sind. Die Liberalen werden sich einsetzen, um dem Mittelstand zu tieferen Einkommensteuern zu verhelfen. Auch die Vermögensbesteuerung muss revidiert werden und zwar nicht bloss durch Erhöhung des Freibetrages. Die Liberalen fordern die Regierung auf, einen Absichts- und Vorgehensplan für die Finanz- und Steuerpolitik der kommenden Jahre vorzulegen. Sie werden sich im Grossen Rat und – wenn nötig – auch mit Volksbegehren dafür einsetzen, dass Basel-Stadt konkurrenzfähig wird. Dazu ist es zwingend nötig, die Ausgaben zu senken. Insbesondere in den Bereichen «Soziales» muss sorgfältig mit den Mitteln umgegangen werden. Es darf nicht sein, dass die Sozialausgaben unkontrolliert anwachsen und andere Aufgaben, welche für den Standort und seine Attraktivität von grosser Wichtigkeit sind, nicht ausreichend finanziert werden können.

Integration

Weltoffen - aber mit klaren Regeln!

Die Liberalen stehen für ein weltoffenes Basel. Unsere Stadt, die von liberalen Kräften im Geiste des Humanismus in der Vergangenheit und Gegenwart geprägt wurde und wird, verdankt dieser Offenheit sehr viel. Ein Blick in die Kultur- und Wirtschaftsgeschichte zeigt dies. Offenheit heisst aber nicht, dass Einflüsse von aussen zur Entstehung von Parallelgesellschaften führen dürfen.

Ein wichtiger liberaler Wert ist die Selbstbeschränkung. Wenn ich meine Kreise, in denen ich mich bewege, so ziehe, dass andere dadurch nicht gestört werden, ist das Garantie für friedliches Zusammenleben und Voraussetzung für eine liberale Gesetzgebung, die nicht zu stark einengt. Nur als ultima ratio soll der Staat dirigistisch eingreifen. Daraus kann für die Integrations-Thematik gefolgert werden, wer Basel als Zentrum seiner Existenz aussucht und künftig hier leben möchte, muss sich an die hier geltende Hausordnung halten. Dazu gehören

nicht nur Gesetze, die zu beachten sind, dazu gehören auch der Wille und der Tatbeweis, am lokalen Leben teilzunehmen, Teil der hiesigen Gemeinschaft zu werden. Das verstehen die Liberalen unter Integration. Wenn aber durch das Verhalten einiger Immigranten der Eindruck entsteht, unsere Gesetze würden selektiv befolgt, die Beibehaltung der eigenen Lebensweise aus dem Herkunftsland habe einen höheren Stellenwert als die Norm in Basel, so führt dies zum Aufbau von Parallelgesellschaften. Dies kann nicht geduldet werden.

Die erfolgreichen Integrationsbeispiele verschiedener Bevölkerungsgruppen, die nach Basel gezogen sind, zeugen von der Integrationskraft der Bevölkerung, aber auch von der Akzeptanz der Gepflogenheiten durch die Zuziehenden. Weil das «Geben und Nehmen» in der Wahrnehmung breiter Bevölkerungskreise nicht mehr im Gleichgewicht ist, muss die Politik unseres Kantons, aber auch unseres Landes, korrigierend eingreifen. Klare Bestimmungen über die Erwartungen der hiesigen Gesellschaft an das Verhalten der Zuzüger müssen gegeben

sein und entsprechend kommuniziert werden. Die Liberalen sind der Ansicht, dass unsere Integrationspolitik ständig angepasst werden muss. Dies bedeutet, dass dort korrigiert und – wenn nötig – auch verschärft werden muss, wo Handlungsbedarf besteht. Die Liberalen gehen dieses wichtige Thema seit jeher mit Bedacht an, in Respektierung der Würde der Zuziehenden, aber auch in Respektierung der Befindlichkeiten der Menschen, die schon länger hier sind. Die Liberalen wehren sich gegen Tendenzen, wonach Leute, die sich kritisch über die Einwanderungspolitik oder das Verhalten gewisser Zuzüger-Gruppen äussern, als xenophob abgestempelt werden. Ein offener Dialog muss möglich sein, wenn verhindert werden soll, dass der Unmut der Bevölkerung wenig differenziert zum Ausdruck kommt.

Jungliberale Basel Ein bewegtes und intensives Jahr

Ich schaue als Präsident auf ein intensives und ereignisreiches Jahr der Jungliberalen Basel zurück. Ein Jahr mit Höhen und Tiefen. Ein Highlight im vergangenen Jahr war bestimmt Gründung der «Jungfreisinnig-Liberalen Bewegung». Sehr engagiert haben wir uns für den «velopass». Ein Erfolg war sicher, dass mit Andrea Schotland ein Mitglied der Jungliberalen im Einwohnerrat Riehen vertreten ist.



von M. Wieser,
Präsident
Jungliberale

Der Kongress der Jungfreisinnigen Schweiz hat in Luzern die Jungfreisinnig-Liberale Bewegung (JFLB) aus Basel als neue Kantonalsektion aufgenommen. Symbolisch überreichte Präsidentin Lena Schneller den anwesenden BaslerInnen nach dem Aufnahmebeschluss ihre Stimmentrechtskarten. Damit haben wir uns als Jungparteien für eine verstärkte Zusammenarbeit entschlossen. Die Jungfreisinnig-Liberale Bewegung, eine gemeinsame Organisation von Jungfreisinnigen und Jungliberalen wurde vor der Fasnacht gegründet, um den Jungliberalen den Weg zur Beteiligung an der nationalen

Politik zu öffnen. Die Basler Jungfreisinnigen hatten hierzu auf ihren Status als kantonale Sektion verzichtet, da die nationalen Statuten nur eine Sektion pro Kanton erlauben. Die Jungfreisinnigen und die Jungliberalen werden sich nun gemeinsam für eine liberale Politik auf Bundesebene einsetzen. Ebenfalls möchten wir auf kantonaler Ebene vermehrt als bürgerliche Jungparteien zusammenarbeiten.

Ein «Velopass» für Basel

Eines unserer Ziele war ebenfalls die Lancierung eines sogenannten «Velopass für Basel». Nach einer gemeinsamen Sitzung mit verschiedenen Verantwortungsträgern des Kantons sind wir schlussendlich eigenständig und vorerst ohne Unterstützung des Kantones gestartet. Mit Peter Gwerder (Projektleiter von Velopass Schweiz) haben wir einen tollen Partner gefunden.

Die Jungliberalen unterstützen das Projekt velopass und suchen in den Reihen ihrer Freundinnen und Freunde engagierte Persönlichkeiten, die sich für die Einführung von velopass-Mietstationen in Basel und Agglomeration einsetzen.

Ein Rentenloch geht bachab

Selbstverständlich waren wir im vergangenen Jahr auch politisch aktiv. Zum Beispiel haben wir gemeinsam mit anderen Jungparteien eine intensive «Rentenloch-Kampagne» unter dem Motto «Wenn wir nicht Sorge tragen, geht die 2. Säule Bach ab» geführt. Am 13. Februar 2010 haben die Jungfreisinnigen, die Junge CVP sowie junge Grünliberale aus dem Kanton Baselland zusammen mit dem Jugendkomitee Basel-Stadt die zweite Säule buchstäblich den Bach abgeschickt. Mit dieser Aktion

Der Vorstand:

Präsident: M. Wieser,
Vizepräsidentin: S. Giese,
Kassier: M. Hug,
Webmaster: L. Hug,
Sekretärin: A. Schotland,
Beisitzer: D. Eltbogen
Beisitzer: D. Knecht
Beisitzer: P. Schotland

gemacht, was geschehen wird, falls am 7. März 2010 ein Nein aus den Abstimmungen hervor gehen sollte. Denn die junge Generation von heute ist die Zukunft von morgen! Unsere Botschaft war klar: Wir lassen uns kein Rentenloch graben! Leider haben wir diesen Abstimmungskampf verloren.

Im Einwohnerrat Riehen vertreten

Positive Neugigkeiten aus Sicht der Jungliberalen gab es aus Riehen zu vermelden. Unser Vorstandsmitglied Andrea Schotland hat mit 1158 Stimmen auf der Liste der LDP das fünftbeste Ergebnis erzielt. Es freut uns, dass mit Andrea Schotland weiterhin ein Mitglied der Jungliberalen im Einwohnerrat Riehen vertreten ist und wünschen Andrea sowie der ganzen Fraktion der LDP viel Erfolg. Weitere Aktivitäten der Jungliberalen waren die Teilnahme am JFK mit dem Politics Poetry Slam, diverse Verteilaktionen zusammen mit der Mutterpartei, Mitgliederversammlungen und vieles mehr. Im grossen und ganzen haben die Jungliberalen ein positives Jahr hinter sich. Wir konnten die Medienpräsenz im Vergleich zu den vergangenen Jahren steigern und schauen positiv in die Zukunft. Weiter kämpfen wir mit grossen Mitgliederproblemen. Leider ist es uns auch im vergangenen Jahr nicht gelungen, die Anzahl stark zu vergrössern. Deshalb sind wir auch auf finanzielle Hilfe angewiesen. Die Jungliberalen würden sich über Spenden sehr freuen. Der Vorstand ist bemüht und strebt an, im laufenden Jahr unsere Mitgliederzahl steigern können.



Auch auf den «Brettern, die die Welt bedeuten» war ein Jungliberaler aktiv. Philip Schotland brillierte als Chemie-Boss Daniel «Was-stellsch-a» im traditionellen Zofinger-Conzärtli und erntete mit seiner äusserst humorvollen Darstellung zu Recht tosenden Applaus.
Foto Basler Fasnacht Online

Wahlen in Riehen

Blick zurück - nicht nur im Zorn

Die Wahlen in Riehen waren für die Liberalen alles andere als ein Zuckerschlecken. In den 40-köpfigen Einwohnerrat durften wesentlich weniger LDP-Vertreter einziehen, als wir uns erhofft hatten. Freuen durften wir uns dafür, dass unsere Vertretung im Gemeinderat mit einem ausgezeichneten Ergebnis wiedergewählt wurde.



von Markus Stadlin, Präsident LDP Riehen/Bettingen

Der Ausgang des ersten Wahlgangs für den Gemeinderat vom 7. Februar widerspiegelte sowohl die ungewöhnliche Ausgangslage (es waren nach dem Rücktritt von drei Bisherigen insgesamt 12 Kandidaten angetreten) wie auch die bei den Stimmberechtigten vorhandene Verunsicherung und/oder Unzufriedenheit. Alle Bisherigen erreichten unbefriedigende Resultate und niemand wurde im ersten Wahlgang gewählt. Unter Federführung der Liberalen gelang es in der Folge den Bürgerlichen nach schwierigen Verhandlungen, dem traditionell links-grünen Bündnis (im Verbund mit der EVP) ein Gegengewicht entgegen zu setzen. Unter auffälliger Beobachtung seitens des Kantons schlossen sich LDP, FDP und CVP mit der SVP zusammen und schickten insgesamt fünf Kandidaten um die zu vergebenden sechs Gemeinderatssitze ins Rennen. Während die FDP hierbei auf einen ihrer Kandidaten ver-

zichten musste, beharrten die Liberalen darauf, ihre beiden Bisherigen wieder zu portieren, und die SVP nominierte ihren Präsidenten Eduard Rutschmann. Das Resultat kann sich sehen lassen: Am 7. März wurden Daniel Albietz (CVP) als Spitzenreiter, dann unsere beiden LDP-Vertreter Christoph Bürgenmeier und Maria Iselin und als Vierter Thomas Meyer (FDP) gewählt. Wir gratulieren den vier Gewählten ganz herzlich und wünschen ihnen viel Erfolg.

Ge-, aber nicht abgestraft

Die Wahl des Gemeindepräsidenten entpuppte sich mit dem Ablauf der Anmeldefrist als spannende Angelegenheit. Der parteilose Hansjörg Wilde, der SVP nahestehend, stellte sich als Gegenkandidat zu Willi Fischer (EVP) zur Verfügung. In einem interessanten, zum Teil bissigen Wahlkampf erreichte Wilde im ersten Wahlgang ein beachtliches Resultat und verhinderte damit, dass der bisherige Gemeindepräsident bereits wiedergewählt wurde. Der zweite Wahlgang brachte Hansjörg Wilde erneut ein gutes Ergebnis, bestätigte jedoch, was die meisten

vermutet hatten, dass nämlich Willi Fischer zwar gestraft, nicht jedoch abgestraft wurde. Er wurde von den Stimmen her schwach, insgesamt jedoch klar wiedergewählt.

Verlust an Know-how

Für die Liberalen als grosse Enttäuschung erwies sich das Resultat bei den Einwohnerwahlen. Mit einem vollen 40-er Ticket angetreten und dieses mit attraktiven jungen Kandidaten gefüllt, mussten wir einen markanten Rückgang unseres Wähleranteils von im Jahre 2006 noch 17,8 % auf nun 13,93 % entgegennehmen. Während wir vor vier Jahren mit Wahlgluck neun Sitze eroberten, mussten wir (mit ausgesprochenem Wahlpech) das Erreichen von fünf Sitzen ertragen. Die Nichtwiederwahl unserer aktiven und verdienten Einwohnerräte Claudia Schultheiss-Bühlmann, Felix Werner, Esther Masero und Theo Seckinger schmerzt und bedeutet einen Verlust an know-how.

Woran lag es?

Der Vorstand ist mit der Analyse des Ausgangs der Einwohnerwahlen beschäftigt. Es wird an einer Klausur darum gehen, Fehler zu identifizieren und insbesondere die Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Folgende Fragen liegen u.a. auf dem Tisch:

- Schlechter, ungenügender Wahlkampf (Qualität/Quantität)?
- Mangelndes Profil?
- Wechselbarkeit mit der FDP, mit der GLP; inhaltlich und – bezogen auf die FDP – auch namensmässig?
- Nachteilige regierungstreue Politik der LDP-Einwohnerräte?
- Fehlendes/vernachlässigtes Politmarketing (tue Gutes und sprich darüber!)?

Neue LDP-Richterin



Wir gratulieren Claudia Schultheiss, die am 10. März 2010 zur Ersatzrichterin am Zivilgericht gewählt wurde. Die Riehener Juristin ist verheiratet und Mutter dreier Kinder. Seit der Rückkehr aus St. Gallen 1997 betätigt sie sich vornehmlich als Vorstandsmitglied bzw. Stiftungsrätin in verschiedenen sozialen Institutionen. Zudem ist sie in Riehen politisch engagiert und Vorstandsmitglied der LDP Riehen/Bettingen.

- Nicht leicht verständliche, zu langfristige, zu «gescheite», nicht mehr zeitgemässe Botschaften?
- Fehlender Mut zu provokativen Thesen?

Worin auch die Ursachen für das auf Ebene Einwohnerrat unbefriedigende Wahlergebnis zu finden sind, gilt es festzustellen, dass die vergangenen Wahlen in verschiedener Hinsicht eine ausserordentliche, nicht repräsentative Ausgangslage aufwiesen. Worüber wir uns bei den Liberalen zweifellos einig sein dürften, ist, dass wir uns auch künftig nicht unakzeptabler Wahlmethoden bedienen werden und dass es für die Liberalen auch nächstes Mal keine Option sein wird, aus wahltaktischen Überlegungen im Vorfeld von Gesamterneuerungswahlen unnötige Initiativen und Referenten aufzugleisen. Die LDP wird jederzeit den Anstand zu wahren wissen, auch wenn dies keine Wahlerfolge versprechen sollte. Eines ist jedoch offensichtlich: wir müssen unser Profil schärfen und damit unsere Erkennbarkeit verbessern. Spannend wird es zu beobachten sein, wie anlässlich der kantonalen Wahlen die bürgerliche Zusammenarbeit (mit oder ohne SVP?) aussehen wird.



Ein Thema waren die Wahlen in Riehen auch an der Mitgliederversammlung vom vergangenen Februar im Restaurant Schlüssel. Hier Parteipräsident Christoph Bürgenmeier (rechts) bei den Erläuterungen, daneben Sekretär Michael Michaelis. Foto: Philip Karger

Dr Schaggi Barteschlag maint...

Anschynend mach ych s falsch in Basel. Wenn ych s Auti falsch parkier, dr MischtküBELSagg z frieh uusestell oder d Styrrerkläärig z spoot abschigg - allewyl wird ych gstrooft. Mi Verhalte wird kontrolliert, ych wird drzue aghalte, mi so und jo nit andersch z verhalte, sunsch...

Denn git's aber anderi Persoone in unserem Kanton, die mache vo Afang a alles, wo Gott - reschpeggtiv dr Staat - verbotte hett - und die wärde drfür nit öppe gstrooft, sondern belohnt. Ych dängg do drby an die Lyt, wo sich illegal in d Schwyz yschlyyche, ihri Papier furtwärfte, drmit me si nit wägwyse kah, denn schwarz schaffe oder no schlimmers mache - und dääne me vo allne Syte hälfe will. Si sälber (y ha's erscht kirzlig glääse) gönnt me e Gsundhaistpflägg - natyrligg gratis -, ihri Kinder (wo genau so verbotte do sinn) derfe in d Schuel und jetz bald au no e Lehr mache. D Lehrer, wo als Staatsagschtellti aigentlig unseri Rächtsornig schütze sotte, dürfe de zueschtändige Behörde nüt vo däm unrächtmässige Uffenthalt saage. Wenn s de Behörde aber doch emool glinggt, e sone Illegale z schnabbe, drno finde sich sofort e baar Guetmenschene, um geege das unmenschlige Vorgoh z broteschtiere. Jetz syg dä scho so lang so, jetz miesse mir ihn doch bhalte. Mit andere Wort: Je grösser die kriminelli Energie, desto grösser d Chance uff Beloonig. Ych glaub, s Beschte isch, ych verbrenn jetz mi Pass und nenn my au Sans-Papier...

Inserate und Beiträge im LIBERAL

Unser Parteiorgan steht gerne auch Inserenten als Plattform zur Verfügung. Die Insertionspreise sind bewusst moderat gehalten:

1 Seite	CHF 400.-
1/2 Seite	CHF 250.-
1/4 Seite	CHF 150.-

Bei mehrfacher Insertion wird selbstverständlich Wiederholungsrabatt gewährt. Weitere Informationen: info@ldp.ch.

Die Zeitschrift LIBERAL steht als Forum für Liberale Politik in der Region Basel allen Parteimitgliedern und Gästen zur Verfügung. Gerne veröffentlichen wir auch einen Beitrag von Ihnen. Richten Sie Ihre Meinungsäusserung an die Redaktionsadresse:

Die Liberalen. LDP
Elisabethenanlage 23, Postfach, 4010 Basel oder via Mail an redaktion@ldp.ch.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Ansicht des jeweiligen Verfassers bzw. der jeweiligen Verfasserin wieder und entsprechen nicht zwangsläufig der Parteimeinung.

Werden Sie Mitglied der LDP Basel-Stadt!

Helfen Sie mit, liberalem Gedankengut in unserem Kanton zum weiteren Durchbruch zu verhelfen. Treten Sie ein in einen Kreis interessanter und interessierter Persönlichkeiten. Informationen finden Sie auf unserer Homepage:

www.ldp.ch

Das Parteisekretariat erteilt gerne nähere Auskünfte:
Tel. 061 272 12 36, E-Mail: info@ldp.ch

Nächste LDP-Anlässe

Mitgliederversammlung vom 25. Mai 2010, 19.00 Uhr, Zunfthaus zum Schlüssel
Diese Mitgliederversammlung dient vor allem der Parolenfassung für die folgenden beiden kantonalen Abstimmungen:
Initiative gegen den Mobilfunkantennen-Wildwuchs
Parkraumbewirtschaftung

Generalversammlung vom 25. Mai 2010, Zunfthaus zum Schlüssel

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung findet die

ordentliche Generalversammlung 2010 statt. Auszüge aus den Jahresberichten sind in diesem Heft abgedruckt.

Neue Mitglieder

Wir begrüssen folgende Persönlichkeiten als neue Mitglieder der LDP Basel-Stadt:

Dr. Oscar Olano,
4052 Basel

Daniel Widmerr,
4058 Basel

4010 Basel
PP

Impressum

Liberal - Forum für liberale Politik in der Region Basel

Nr. 1 / 2010 - Mai 2010
ISSN 1660-2544

Auflage
2'500 Exemplare erscheint sechs Mal jährlich

Herausgeberinnen
LDP Basel-Stadt
LDP Riehen/Bettingen
Jungliberale Basel

Redaktion
André Auderset

Redaktionsadresse
Elisabethenanlage 25, 4010 Basel
T 061 272 12 36,
F 061 272 17 43
andre.auderset@ldp.ch

Inserate
Elisabethenanlage 25,
4010 Basel
T 061 272 12 36,
F 061 272 17 43

Herstellung
Gremper AG, Basel